

# Informationsrechte, Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz im Umweltrecht

## Aarhus-Handbuch

Von

**Prof. Dr. jur. Sabine Schlacke**

Professur für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt deutsches, europäisches und internationales Umweltrecht, Verwaltungsrecht, Direktorin der Forschungsstelle für Europäisches Umweltrecht (FEU), Universität Bremen, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU)

**Prof. Dr. jur. Christian Schrader**

Hochschule Fulda, Rechtsfragen der Technikentwicklung  
(Verfassungs-, Umwelt- und Technikrecht)

und

**Prof. Dr. jur. Thomas Bunge**

Direktor und Professor beim Umweltbundesamt a. D.,  
Honorarprofessor der Technischen Universität Berlin

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/978 3 503 11630 0](http://ESV.info/9783503116300)

ISBN 978 3 503 11630 0

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2010  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: Multitext, Berlin  
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

## Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort .....	VII
Preface ( <i>Jeremy Wates</i> ).....	IX
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
Einleitung ( <i>Thomas Bunge</i> ) .....	1
§ 1 Zugang zu Umweltinformationen ( <i>Christian Schrader</i> ) .....	25
§ 2 Beteiligung in umweltbezogenen Verwaltungs- und vergleichbaren Verfahren ( <i>Thomas Bunge</i> ) .....	135
§ 3 Rechtsbehelfe im Umweltrecht ( <i>Sabine Schlacke</i> ) .....	375
Anhang: Aarhus-Konvention – Text .....	481
Literaturverzeichnis .....	511
Stichwortverzeichnis .....	525

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	VII
Preface ( <i>Jeremy Wates</i> ) .....	IX
Inhaltsübersicht .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
<b>Einleitung</b> ( <i>Thomas Bunge</i> ) .....	<b>1</b>
<b>A. Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung an behördlichen Verfahren und Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten</b> .....	<b>3</b>
<b>B. Zur Vorgeschichte und Entwicklung der Aarhus-Konvention</b> ....	<b>5</b>
<b>C. Überblick über die Konvention</b> .....	<b>9</b>
I. Allgemeine Regelungen .....	9
II. Subjektive Rechte aufgrund der Konvention .....	10
1. Die erste Säule: Zugang zu Umweltinformationen .....	10
2. Die zweite Säule: Beteiligung der Öffentlichkeit .....	11
a) Beteiligung an projektbezogenen Verfahren .....	12
b) Beteiligung an der Aufstellung von Plänen, Programmen und Politiken .....	13
c) Beteiligung an der Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften .....	14
3. Die dritte Säule: Zugang zu Gerichten oder vergleichbaren Stellen .....	15
a) Verletzung des Rechts auf Zugang zu Umweltinformationen .....	15
b) Verletzung des Rechts auf Öffentlichkeitsbeteiligung .....	15
c) Verletzung sonstiger umweltbezogener Rechtsvorschriften .....	16
d) Generelle Vorgaben .....	16
III. Überprüfung der Einhaltung der Konvention und sonstige Regelungen .....	16
IV. Das Protokoll über die Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister .....	17
<b>D. Umsetzung der Aarhus-Konvention und des PRTR-Protokolls im Europarecht</b> .....	<b>18</b>
I. Umsetzung der Aarhus-Konvention .....	18
II. Umsetzung des PRTR-Protokolls .....	22

	Seite
<b>E. Umsetzung der Aarhus-Konvention im deutschen Recht</b> . . . . .	22
<b>§ 1 Zugang zu Umweltinformationen</b> ( <i>Christian Schrader</i> ) . . . . .	25
<b>A. Einleitung</b> . . . . .	27
I. Bedeutung und Strukturelemente von Informationsfreiheit, insbesondere im Umweltschutz . . . . .	27
1. Bedeutung und Zielrichtungen der Informationsfreiheit . . . . .	27
2. Informationsfreiheit im Umweltschutz . . . . .	28
3. Strukturelemente von Informationsfreiheit . . . . .	29
II. Europäische Ausgestaltung der Informationsfreiheit . . . . .	30
1. Informationsfreiheit gegenüber EU-Institutionen . . . . .	30
2. Gemeinschaftsrechtlich vorgegebene Informationsfreiheit in den EU-Mitgliedstaaten . . . . .	31
a) PRTR und SEIS . . . . .	32
b) Umsetzungspflicht und unmittelbare Wirkung der EG-Umweltinformationsrichtlinie . . . . .	32
c) Rechtsschutzmöglichkeiten auf EG-Ebene . . . . .	34
III. Verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Informationsfreiheit . . . . .	35
IV. Einfachgesetzliche Ausgestaltung der Informationsfreiheit . . . . .	36
1. Vom Privat- und Amtsgeheimnis zur Informationsfreiheit . . . . .	37
a) Geheimnis im Privatrecht . . . . .	37
b) Vom Amtsgeheimnis über beschränkte Aktenöffentlichkeit zur Informationsfreiheit . . . . .	37
2. Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG) . . . . .	38
3. Aufteilung auf EG, Bund, Länder und Kommunen . . . . .	40
4. Allgemeine, sektorielle und isolierte Informationsregelungen . . . . .	41
5. Konkurrenzregeln bei mehreren anwendbaren Gesetzen . . . . .	43
V. Praktisches Vorgehen bei Informationsbedarf . . . . .	43
<b>B. Bundesebene</b> . . . . .	45
I. Umweltinformationsgesetz . . . . .	45
1. Zweck . . . . .	46
2. Anspruch auf Zugang zur Information . . . . .	47
a) Anspruchsinhalt . . . . .	47
b) Art der Information: Umweltinformationen . . . . .	47
c) Information, über die die informationspflichtige Stelle verfügt . . . . .	49
d) Anspruchsberechtigte . . . . .	50
e) Anspruchsgegner . . . . .	51
aa) Öffentliche Stellen . . . . .	52
bb) Private . . . . .	53
3. Ausnahmen . . . . .	55

	Seite
a) Allgemeines .....	55
b) Schutz öffentlicher Belange .....	59
aa) Internationale Beziehungen, Verteidigung, bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit .	59
bb) Vertraulichkeit von Beratungen .....	60
cc) Schutz laufender Verfahren .....	62
dd) Zustand der Umwelt .....	63
ee) offensichtlich missbräuchlich .....	64
ff) interne Mitteilungen .....	64
gg) unzuständige Stelle .....	65
hh) Material, das gerade vervollständigt wird, noch nicht abgeschlossene Schriftstücke, noch nicht aufbereitete Daten .....	65
ii) zu unbestimmt .....	66
c) Schutz sonstiger Belange .....	66
aa) Datenschutz .....	68
bb) Geistiges Eigentum .....	69
cc) Betriebs- und Geschäftsgeheimnis .....	70
aaa) Keine Geltung für Emissionen .....	70
bbb) Begriffliche Voraussetzungen .....	70
ccc) Anhörung der Betroffenen .....	72
ddd) Kennzeichnungsrecht der möglicherweise Betroffenen .....	72
eee) Darlegungspflicht der möglicherweise Betroffenen ..	73
dd) Steuergeheimnis, Statistikgeheimnis .....	73
ee) Freiwillig übermittelte Informationen .....	73
4. Verfahren .....	74
a) Antrag .....	74
b) Beteiligung Dritter .....	75
c) Entscheidung .....	76
d) Frist .....	77
e) Art der Übermittlung .....	78
5. Kosten .....	78
6. Unterstützung des Zugangs zu Informationen .....	81
7. Sicherung durch Beauftragte und Rechtsschutz .....	81
a) Beauftragter .....	82
b) Rechtsschutz .....	82
aa) Vorverfahren .....	83
bb) Klage .....	83
8. Verbreitung .....	84
a) Anlassbezogene .....	84
b) Kontinuierliche .....	88
9. Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	89
II. Verbraucherinformationsgesetz .....	90
1. Zweck .....	90
2. Anspruch auf Zugang zur Information .....	91

	Seite
a) Anspruchsinhalt .....	91
b) Art der Information .....	91
c) Information, über die die informationspflichtige Stelle verfügt .....	92
d) Anspruchsberechtigte .....	92
e) Anspruchsgegner .....	92
aa) Öffentliche Stellen .....	92
bb) Private .....	93
3. Ausnahmen .....	93
a) Allgemeines .....	93
b) Schutz öffentlicher Belange .....	94
aa) Internationale Beziehungen, Verteidigung, bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit .	94
bb) Vertraulichkeit von Beratungen .....	94
cc) Schutz laufender Verfahren .....	94
dd) Zustand der Umwelt .....	95
ee) offensichtlich missbräuchlich .....	95
ff) interne Mitteilungen .....	95
gg) unzuständige Stelle .....	95
hh) Material, das gerade vervollständigt wird/noch nicht abgeschlossene Schriftstücke/noch nicht aufbereitete Daten .....	95
ii) zu unbestimmt .....	95
jj) Im UIG nicht genannte öffentliche Belange .....	95
c) Schutz privater Belange .....	96
aa) Datenschutz .....	96
bb) Geistiges Eigentum .....	96
cc) Betriebs- und Geschäftsgeheimnis .....	96
dd) Steuergeheimnis, Statistikgeheimnis .....	97
ee) Freiwillig übermittelte Informationen .....	97
ff) Im UIG nicht genannte private Belange .....	97
4. Verfahren .....	98
a) Antrag .....	98
b) Beteiligung Dritter .....	98
c) Entscheidung .....	99
d) Frist .....	99
e) Art der Übermittlung .....	99
5. Kosten .....	100
6. Unterstützung des Zugangs .....	100
7. Sicherung durch Beauftragte und Rechtsschutz .....	101
a) Beauftragter .....	101
b) Rechtsschutz .....	101
aa) Vorverfahren .....	101
bb) Klage .....	101
8. Verbreitung .....	101
a) anlassbezogene .....	102

	Seite
b) kontinuierliche .....	104
9. Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	104
III. Informationsfreiheitsgesetz .....	105
1. Zweck .....	106
2. Anspruch auf Zugang zur Information .....	106
a) Anspruchsinhalt .....	106
b) Art der Information .....	107
c) Information, über die die informationspflichtige Stelle verfügt .....	107
d) Anspruchsberechtigte .....	107
e) Anspruchsgegner .....	108
aa) Öffentliche Stellen .....	108
bb) Private .....	109
3. Ausnahmen .....	109
a) Allgemeines .....	109
b) Schutz öffentlicher Belange .....	110
aa) Internationale Beziehungen, Verteidigung, bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit .	110
bb) Vertraulichkeit von Beratungen .....	110
cc) Schutz laufender Verfahren .....	110
dd) Zustand der Umwelt .....	110
ee) offensichtlich missbräuchlich .....	110
ff) interne Mitteilungen .....	111
gg) unzuständige Stelle .....	111
hh) Material, das gerade vervollständigt wird, noch nicht abgeschlossene Schriftstücke, noch nicht aufbereitete Daten .....	111
ii) zu unbestimmt .....	111
jj) Zusätzliche Ausnahmegründe des § 3 IFG Bund ...	111
c) Schutz privater Belange .....	112
aa) Datenschutz .....	112
bb) Geistiges Eigentum .....	113
cc) Betriebs- und Geschäftsgeheimnis .....	113
dd) Steuergeheimnis, Statistikgeheimnis .....	114
ee) Freiwillig übermittelte Informationen .....	114
4. Verfahren .....	114
a) Antrag .....	114
b) Beteiligung Dritter .....	115
c) Entscheidung .....	115
d) Frist .....	116
e) Art der Übermittlung .....	116
5. Kosten .....	116
6. Unterstützung des Zugangs .....	117
7. Sicherung durch Beauftragte und Rechtsschutz .....	117
a) Beauftragter .....	117
b) Rechtsschutz .....	117



	Seite
aa) Vorverfahren .....	117
bb) Klage .....	117
8. Verbreitung .....	118
9. Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	118
<b>C. Landesebene .....</b>	<b>118</b>
I. Zusammenschau Umweltinformationsrecht .....	118
1. Umsetzungsmodelle .....	120
a) Verweisung auf das UIG des Bundes mit Abweichungen im Detail .....	120
b) UIG des Landes ohne Verweisung auf den Bund .....	120
c) Einfügung in ein bestehendes Informationsgesetz des Landes .....	120
2. Ausgewählte Details .....	120
a) Art der Information .....	120
b) Private informationspflichtige Stellen .....	121
c) Kosten .....	121
d) Rechtsschutz .....	125
e) Verbreitung .....	125
f) Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	125
II. Zusammenschau der Informationsfreiheitsgesetze der Länder ...	125
1. Überblick .....	125
2. Ausgewählte Details .....	127
a) Anspruchsinhalt .....	127
b) Anspruchsberechtigte .....	127
c) Anspruchsgegner .....	127
d) Ausnahmen .....	127
e) Verfahren .....	127
f) Sicherung durch Beauftragte und Rechtsschutz .....	128
g) Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	128
<b>D. Bewertung und Ausblick .....</b>	<b>128</b>
I. Zweifache Teilung, Zerrissenheit und Zersplitterung .....	128
1. Erste Teilung .....	128
2. Zweite Teilung .....	129
3. Zerrissenheit .....	129
4. Zersplitterung .....	130
II. Ausnahmen gefährden die Regel .....	130
III. Aktive Verbreitung stärken .....	131
IV. Laufende Rechtsetzungsvorhaben und Ausblick .....	132

	Seite
<b>§ 2 Beteiligung in umweltbezogenen Verwaltungs- und vergleichbaren Verfahren</b> ( <i>Thomas Bunge</i> ) .....	135
<b>A. Einleitung: Entwicklung des deutschen Rechts</b> .....	137
I. Mitwirkungsrechte des Einzelnen .....	137
1. Zulassung von Vorhaben .....	137
2. Planungsverfahren .....	139
3. Rechtsetzung .....	140
II. Verbandsbeteiligung .....	141
III. Tendenzen der Entwicklung .....	142
IV. Gang der Darstellung .....	142
<b>B. Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit in Zulassungsverfahren</b> .....	144
I. Grundlagen .....	144
1. Genereller Ablauf des Beteiligungsverfahrens .....	144
2. Rechtsschutz .....	147
II. Immissionsschutzrechtliche Verfahren .....	148
1. Rechtsgrundlagen, Vorhaben- und Verfahrensarten: Genehmigung von Anlagen und nachträgliche Anordnungen ..	148
2. Mitwirkung der Öffentlichkeit an Genehmigungsverfahren ..	148
a) Öffentlichkeitsbeteiligung nur im förmlichen Verfahren ..	148
b) Mitwirkungsberechtigte .....	149
aa) Allgemeines .....	149
bb) Beteiligung von Personen im Ausland .....	150
c) Ablauf des Verfahrens und Mitwirkungsbefugnisse .....	151
aa) Vorgespräche, Genehmigungsantrag .....	151
bb) Feststellung der UVP-Pflicht .....	152
cc) Untersuchungsrahmen für die Umweltverträglichkeitsprüfung .....	152
dd) Öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens .....	152
(1) Ort der Bekanntmachung .....	152
(2) Inhalt der Bekanntmachung .....	153
(3) Frist .....	155
(4) Bekanntmachung im Ausland .....	155
ee) Öffentliche Auslegung des Antrags und der Unterlagen .....	156
(1) Ort, Zeit, Modalitäten .....	156
(2) Auszulegende Informationen .....	158
ff) Einwendungen .....	159
(1) Allgemeines .....	159
(2) Form und Frist .....	160
(3) Präklusion .....	161
(4) Masseneinwendungen .....	164

	Seite
gg) Erörterungstermin .....	164
hh) Wiederholung der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	165
d) Entscheidung über den Antrag .....	166
e) Bekanntgabe der Entscheidung .....	166
f) Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren und andere Zulassungsverfahren .....	168
3. Mitwirkung der Öffentlichkeit bei nachträglichen Anordnungen .....	169
a) Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung .....	169
b) Beteiligungsbefugnis .....	170
aa) Allgemeines .....	170
bb) Beteiligung von Personen im Ausland .....	170
c) Ablauf des Verfahrens .....	170
d) Entscheidung der Behörde .....	171
e) Bekanntgabe der Entscheidung .....	171
III. Atomrechtliche Genehmigungsverfahren .....	171
1. Anwendungsbereich .....	171
2. Beteiligungsbefugnis, Ablauf des Verfahrens .....	172
IV. Genehmigungsverfahren nach dem Gentechnikgesetz .....	175
1. Anwendungsbereich .....	175
2. Beteiligungsbefugnis, Ablauf des Verfahrens .....	177
3. Erforderliche Änderungen aufgrund des Art. 6 <sup>bis</sup> der Aarhus-Konvention .....	179
V. Planfeststellungsverfahren .....	180
1. Anwendungsbereich (Bundesrecht) .....	180
a) Planfeststellung als Regelverfahren .....	180
b) Ausnahmen: Verzicht auf die Planfeststellung .....	182
aa) Plangenehmigung .....	182
bb) Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung .....	182
cc) Bebauungsplan .....	183
2. Anwendungsbereich (Landesrecht) .....	183
a) Planfeststellung als Regelverfahren .....	183
aa) Baden-Württemberg .....	183
bb) Bayern .....	183
cc) Berlin .....	184
dd) Brandenburg .....	184
ee) Bremen .....	185
ff) Hamburg .....	185
gg) Hessen .....	185
hh) Mecklenburg-Vorpommern .....	185
ii) Niedersachsen .....	186
jj) Nordrhein-Westfalen .....	186
kk) Rheinland-Pfalz .....	187
ll) Saarland .....	187
mm) Sachsen .....	187

	Seite
nn) Sachsen-Anhalt .....	187
oo) Schleswig-Holstein .....	188
pp) Thüringen .....	188
b) Ausnahmen im Landesrecht .....	188
3. Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren .....	189
a) Beteiligungsbefugnis .....	189
aa) Einzelpersonen .....	189
bb) Im Ausland lebende Personen .....	190
cc) Umweltverbände .....	190
dd) Gemeinden .....	192
b) Ablauf .....	192
aa) Vorgespräche, Antrag auf Planfeststellung .....	192
bb) Feststellung der UVP-Pflicht .....	192
cc) Untersuchungsrahmen für die Umweltverträglichkeitsprüfung .....	193
dd) Bekanntmachung des Plans und der Unterlagen .....	193
(1) Ortsübliche Bekanntmachung in den Gemeinden ...	193
(2) Inhalt .....	194
(3) Form .....	195
(4) Frist .....	195
(5) Individuelle Benachrichtigung nicht ortsansässiger Personen .....	196
(6) Bekanntmachung im Ausland .....	196
ee) Auslegung des Plans und der Unterlagen .....	197
(1) Allgemeines .....	197
(2) Auszulegende Informationen .....	198
ff) Einwendungen .....	199
(1) Form .....	199
(2) Frist .....	199
(3) Präklusion .....	199
gg) Erörterungstermin .....	200
(1) Grundsatz: Obligatorischer Erörterungstermin .....	200
(2) Erörterungstermin im Ermessen der Behörde .....	200
(3) Zeitpunkt der Erörterung .....	201
(4) Information über den Erörterungstermin .....	202
(5) Ablauf des Erörterungstermins .....	203
hh) Wiederholung der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	203
c) Entscheidung über den Antrag .....	204
d) Bekanntgabe der Entscheidung .....	204
VI. Wasserrechtliche Erlaubnisse, Bewilligungen und Genehmigungen .....	205
1. Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren .....	206
a) Rechtsgrundlagen .....	206
b) Vorhaben- und Verfahrensarten .....	208
c) Mitwirkung Dritter im Bewilligungsverfahren .....	209
aa) Mitwirkungsbefugnis .....	209

	Seite
(1) Allgemeines .....	209
(2) Mitwirkungsbefugnisse aufgrund Landesrechts .....	209
(3) Bewilligungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung .....	210
bb) Verfahren .....	210
(1) Bewilligungsverfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung .....	210
(2) Bewilligungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung .....	211
d) Mitwirkung Dritter im Erlaubnisverfahren .....	212
aa) Allgemeines .....	212
bb) Mitwirkungsfälle .....	213
(1) Verfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung ....	213
(a) Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern .....	213
(b) Übrige Länder: Gehobene Erlaubnis und vergleichbare Entscheidungen .....	213
(2) Erlaubnisverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung .....	214
cc) Beteiligungsbefugnis .....	214
dd) Verfahren .....	215
(1) Erlaubnisverfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung .....	215
(2) Erlaubnisverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung .....	215
ee) Anforderungen der IVU-Richtlinie .....	215
(1) Beteiligungsbefugnis .....	217
(2) Verfahren .....	218
(3) Grenzüberschreitende Beteiligung .....	218
2. Wasserrechtliche Genehmigungsverfahren .....	219
a) UVP-pflichtige Vorhaben .....	219
b) Nicht UVP-pflichtige Vorhaben .....	219
c) Indirekteinleitungen .....	220
d) Modalitäten der Gewässernutzung .....	221
VII. Sonstige Zulassungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung ....	221
1. UVP-pflichtige Vorhaben .....	221
2. Bergrechtliche Vorhaben, die keine Umweltverträglichkeits- prüfung erfordern (§ 48 Abs. 2 BBergG) .....	225
a) Aufsuchung oder Gewinnung von Bodenschätzen .....	225
b) Sonstige Vorhaben .....	227
VIII. Öffentlichkeitsbeteiligung in vorgelagerten Verfahren .....	227
1. Grundlagen .....	227
a) Zweck und Arten vorgelagerter Verfahren .....	227
b) Rechtsschutz .....	228
2. Raumordnungsverfahren .....	228
a) Zweck und Anwendungsbereich .....	228
b) Mitwirkung der Öffentlichkeit .....	229

	Seite
aa) Betroffene Vorhaben .....	229
bb) Mitwirkungsberechtigte .....	231
c) Vereinfachtes Verfahren .....	231
d) Ablauf der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	232
e) Folgen für spätere Zulassungsverfahren .....	233
3. Linienbestimmung bei Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen .....	234
4. Linienbestimmung bei Landes- und Kreisstraßen .....	236
5. Genehmigung von Flugplätzen .....	237
<b>C. Beteiligung der Öffentlichkeit in Planungsverfahren .....</b>	<b>238</b>
I. Grundlagen .....	238
1. Überblick .....	238
2. Beteiligung der Öffentlichkeit und strategische Umweltprüfung .....	239
a) Anwendungsbereich der strategischen Umweltprüfung ...	239
b) Mitwirkungsberechtigte .....	242
c) Prüfverfahren .....	242
3. Rechtsschutz .....	244
4. Gang der Darstellung .....	245
II. Bauleitplanung .....	245
1. Anwendungsbereich .....	247
a) Grundsatz .....	247
b) Ausnahmen .....	247
aa) Vereinfachtes Verfahren .....	247
bb) Beschleunigtes Verfahren .....	248
2. Mitwirkungsberechtigte .....	248
3. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung .....	249
a) Allgemeines .....	249
b) Ausnahmen: Verzicht auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung .....	249
c) Verfahrensablauf .....	250
d) Änderung der Planung aufgrund der frühzeitigen Partizipation .....	250
4. Förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung .....	251
a) Verfahren .....	251
aa) Öffentliche Bekanntmachung .....	251
bb) Auslegung des Planentwurfs und der Begründung ..	251
cc) Stellungnahmen .....	252
dd) Präklusion .....	252
ee) Erörterungstermin .....	253
ff) Prüfung der Stellungnahmen .....	253
gg) Mitteilung des Ergebnisses .....	253
hh) Grenzüberschreitende Beteiligung .....	254
ii) Genehmigung des Bauleitplans .....	255
b) Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planänderung .....	255

	Seite
III. Raumordnungsplanung .....	255
1. Allgemeines .....	255
2. Planungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung .....	256
a) Landesebene .....	258
b) Bundesebene .....	259
3. Mitwirkungsberechtigte .....	259
4. Verfahren .....	260
a) Landesebene .....	260
b) Bundesebene .....	264
IV. Fachplanung .....	264
1. Verkehrswegeplanung .....	264
a) Bundesebene .....	264
b) Landesebene .....	265
aa) Berlin .....	265
bb) Brandenburg .....	265
cc) Nordrhein-Westfalen .....	265
dd) Sachsen .....	266
2. Nahverkehrsplanung .....	266
aa) Baden-Württemberg .....	266
bb) Berlin .....	266
cc) Brandenburg .....	267
dd) Bremen .....	267
ee) Niedersachsen .....	267
ff) Sachsen .....	268
3. Flughafenausbauplanung .....	268
4. Landschaftsplanung .....	268
a) Systeme der Landschaftsplanung .....	273
aa) Primärintegration .....	273
bb) Sekundärintegration .....	273
cc) Trennungssystem .....	273
dd) Regelungsvarianten .....	273
b) Umsetzung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung .....	274
c) Mitwirkungsberechtigte .....	275
d) Verfahren .....	275
5. Naturparkplanung (Mecklenburg-Vorpommern) .....	276
6. Forstliche Planung .....	276
a) Brandenburg .....	276
b) Hamburg .....	277
c) Mecklenburg-Vorpommern .....	277
d) Thüringen .....	277
e) Berlin, Niedersachsen, Saarland .....	277
f) Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz .....	278
g) Übrige Länder .....	278
h) Baden-Württemberg: Aufforstungs- und Nichtaufforstungsgebiete .....	278

	Seite
7. Luftreinhalteplanung .....	278
a) Obligatorische Luftreinhaltepläne ohne strategische Umweltprüfung .....	279
b) Obligatorische Luftreinhaltepläne, die eine strategische Umweltprüfung erfordern .....	279
c) Aktionspläne ohne strategische Umweltprüfung und fakultative Luftreinhaltepläne .....	280
d) Aktionspläne, die eine strategische Umweltprüfung erfordern .....	280
8. Lärminderungsplanung .....	280
a) Lärmaktionspläne ohne strategische Umweltprüfung .....	281
b) Lärmaktionspläne, die eine strategische Umweltprüfung erfordern .....	281
9. Wasserwirtschaftliche Planung .....	281
a) Maßnahmenprogramm .....	281
aa) Umsetzungsvorschriften der Länder .....	282
bb) Sachsen-Anhalt .....	284
b) Bewirtschaftungsplan .....	284
aa) Allgemeine Beteiligung der Öffentlichkeit .....	285
bb) Information der Öffentlichkeit über die Bewirtschaftungsplanung .....	285
cc) Stellungnahmen der Öffentlichkeit .....	286
dd) Bremen: Pflicht zur strategischen Umweltprüfung ..	286
c) Hochwasserschutzplanung .....	286
aa) Umsetzungsvorschriften der Länder .....	287
bb) Länder, in denen es bisher keine Umsetzungsvorschriften gibt .....	288
d) Abwasserbeseitigungsplanung .....	288
aa) Abwasserbeseitigungspläne .....	289
bb) Abwasserbeseitigungskonzepte .....	289
cc) Generalentwässerungspläne .....	291
e) Planung der Wasserversorgung .....	292
aa) Wasserversorgungspläne .....	292
bb) Wasserversorgungskonzepte .....	292
f) Wasserwirtschaftliche Sonderplanung (Mecklenburg-Vorpommern) .....	293
10. Landwirtschaftliche Planung (Baden-Württemberg) .....	293
11. Bodenschutzplanung (Sachsen-Anhalt) .....	293
12. Abfallwirtschaftsplanung .....	294
a) Abfallwirtschaftspläne i. S. des § 29 KrW-/AbfG .....	294
aa) Planungsverfahren ohne strategische Umweltprüfung .....	295
bb) Planungsverfahren mit strategischer Umweltprüfung .....	295
b) Abfallwirtschaftskonzepte nach § 19 KrW-/AbfG .....	296
c) Fortschreibung von Abfallwirtschaftskonzepten nach § 16 Abs. 3 KrW-/AbfG .....	297



	Seite
13. Aktionsprogramme gemäß § 3 Abs. 4 DüngeG .....	297
14. Von der EG mitfinanzierte Pläne und Programme .....	298
15. Weitere Pläne und Programme .....	298
<b>D. Mitwirkung bei der Rechtsetzung .....</b>	<b>299</b>
I. Allgemeines .....	299
II. Ausweisung von Schutzgebieten und -objekten .....	299
1. Allgemeines .....	299
a) Betroffene Schutzgebiete und -objekte .....	299
b) Verfahrensschritte .....	300
c) Rechtsschutz .....	300
2. Naturschutzrechtliche Schutzgebiete und -objekte .....	300
a) Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung .....	300
aa) Allgemeines .....	300
bb) Hessen und Sachsen-Anhalt .....	301
cc) Nordrhein-Westfalen (Verordnungsverfahren) .....	301
dd) Übrige Länder .....	301
(1) Schutzgebiete und -objekte .....	301
(2) Ausnahmen von der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	302
b) Mitwirkungsberechtigte .....	302
c) Verfahrensablauf .....	303
3. Wasserschutz- und vergleichbare Gebiete .....	303
a) Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung .....	303
aa) Schutzgebietsarten .....	303
bb) Ausnahmen von der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	304
b) Mitwirkungsberechtigte .....	305
c) Verfahrensablauf .....	306
4. Besonders geschützte Waldgebiete .....	307
a) Allgemeines .....	307
b) Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung .....	308
aa) Rechtsverordnungen und Satzungen .....	308
bb) Schutzgebietsarten .....	308
cc) Ausnahmen .....	309
c) Mitwirkungsberechtigte .....	309
d) Verfahrensablauf .....	309
5. Gebiete zum Schutz des Bodens .....	310
a) Allgemeines .....	310
b) Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung .....	310
c) Mitwirkungsberechtigte .....	311
d) Verfahrensablauf .....	311
III. Pläne in der Form von Rechtsvorschriften .....	312
IV. Mitwirkung „beteiligter Kreise“ an der Rechts- und Regelsetzung .....	312

	Seite
<b>E. Verbandsbeteiligung</b> .....	313
I. Grundlagen: Mitwirkungsbefugnisse von Verbänden in umweltbezogenen Verfahren .....	313
1. Naturschutzrecht .....	313
2. Beteiligungsmöglichkeiten anerkannter Naturschutzverbände außerhalb des Naturschutzrechts .....	314
a) Spezielle Rechte der Vereine .....	314
b) Beteiligung wie Einzelpersonen .....	315
3. Veränderungen durch die Aarhus-Konvention .....	316
a) § 2 Abs. 6 UVPG .....	316
b) Infrastrukturplanung .....	317
4. Rechtsschutz .....	318
5. Verbandsbeteiligung und Öffentlichkeitsbeteiligung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	318
II. Die Anerkennung von Naturschutzvereinen nach den §§ 58 und 60 BNatSchG .....	319
1. Voraussetzungen auf Bundesebene .....	319
2. Voraussetzungen auf Landesebene .....	322
III. Mitwirkungsfälle .....	322
1. Bundesebene .....	322
a) Verfahren mit Verbandsbeteiligung .....	322
b) Einschränkungsmöglichkeiten .....	325
c) Mitwirkungsrechte und Verfahren .....	325
aa) Allgemeines .....	325
bb) Unterrichtung der Verbände .....	326
cc) Einsicht in einschlägige Sachverständigengutachten .	327
dd) Stellungnahmen der Verbände .....	328
(1) Form .....	328
(2) Frist .....	328
(3) Präklusion .....	329
(4) Inhalt .....	330
ee) Anschließende Information der Verbände durch die Behörde .....	330
2. Landesebene .....	331
a) Mitwirkungsfälle aufgrund bundesrechtlicher Anforderungen .....	331
b) Möglichkeit zu Erweiterungen und Einschränkungen ....	336
c) Mitwirkungsrechte und Verfahren .....	336
d) Ausgestaltung im Landesrecht .....	337
aa) Baden-Württemberg .....	337
(1) Mitwirkungsfälle .....	337
(2) Einschränkungen .....	337
(3) Verfahren .....	337
(4) Besonderheiten .....	338
bb) Bayern .....	338

	Seite
(1) Mitwirkungsfälle .....	338
(2) Einschränkungen .....	339
(3) Verfahren .....	339
cc) Berlin .....	339
(1) Mitwirkungsfälle .....	339
(2) Einschränkungen .....	340
(3) Verfahren .....	340
dd) Brandenburg .....	340
(1) Mitwirkungsfälle .....	340
(2) Einschränkungen .....	341
(3) Verfahren .....	342
ee) Bremen .....	342
(1) Mitwirkungsfälle .....	342
(2) Erweiterungen und Einschränkungen .....	342
(3) Verfahren .....	343
ff) Hamburg .....	343
(1) Mitwirkungsfälle .....	343
(2) Einschränkungen .....	344
(3) Verfahren .....	344
gg) Hessen .....	344
(1) Mitwirkungsfälle .....	344
(2) Einschränkungen .....	345
(3) Verfahren .....	345
hh) Mecklenburg-Vorpommern .....	346
(1) Mitwirkungsfälle .....	346
(2) Einschränkungen .....	346
(3) Verzicht auf die Mitwirkung .....	346
(4) Verfahren .....	346
ii) Niedersachsen .....	347
(1) Mitwirkungsfälle .....	347
(2) Einschränkungen .....	349
(3) Verzicht auf die Mitwirkung .....	349
(4) Einsicht in die Unterlagen .....	349
(5) Verfahren .....	350
jj) Nordrhein-Westfalen .....	351
(1) Mitwirkungsfälle .....	351
(2) Einschränkungen .....	351
(3) Verfahren .....	351
kk) Rheinland-Pfalz .....	352
(1) Mitwirkungsfälle .....	352
(2) Einschränkungen .....	352
(3) Verfahren .....	352
ll) Saarland .....	352
(1) Mitwirkungsfälle .....	352
(2) Einschränkungen .....	353
(3) Verfahren .....	353

	Seite
mm) Sachsen .....	353
(1) Mitwirkungsfälle .....	353
(2) Einschränkungen .....	354
(3) Verzicht auf die Mitwirkung .....	354
(4) Verfahren .....	355
(5) Besonderheiten .....	355
nn) Sachsen-Anhalt .....	355
(1) Mitwirkungsfälle .....	355
(2) Einschränkungen .....	356
(3) Verfahren .....	356
oo) Schleswig-Holstein .....	356
(1) Mitwirkungsfälle .....	356
(2) Einschränkungen .....	356
(3) Verfahren .....	356
(4) Besonderheit .....	357
pp) Thüringen .....	358
(1) Mitwirkungsfälle .....	358
(2) Einschränkungen .....	358
(3) Verfahren .....	359
<b>F. Bewertung und Ausblick .....</b>	<b>359</b>
I. Individualbeteiligung .....	359
1. Zulassungsverfahren .....	359
a) Zeitpunkt der Beteiligung .....	359
b) Mitwirkungsberechtigte .....	361
c) Erörterungstermin .....	361
d) Präklusion .....	362
2. Planungs- und vorgelagerte Verfahren .....	362
a) Zeitpunkt der Beteiligung .....	363
b) Mitwirkungsberechtigte .....	364
3. Änderungen durch den Entwurf des Umweltgesetzbuchs 2009 .....	364
4. Änderungen durch neue Gesetze .....	366
a) Zulassungsverfahren .....	366
b) Vorgelagerte Verfahren .....	366
c) Plan- und Programmverfahren .....	367
aa) Wasserwirtschaftliche Planung .....	367
bb) Landschaftsplanung .....	367
II. Verbandsbeteiligung .....	368
1. Unterschiedliche Mitwirkungsmöglichkeiten .....	368
a) Naturschutzverbände und sonstige Vereinigungen .....	368
b) Naturschutzverbände und Vereinigungen i. S. des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes .....	368
2. Mitwirkungsfälle gemäß den §§ 59, 60 BNatSchG .....	369
3. Änderungen durch die Neuregelung des Naturschutzrechts ..	369
a) Mitwirkungsberechtigte Verbände .....	370
b) Anerkennung von Verbänden .....	370

	Seite
c) Mitwirkungsfälle .....	371
d) Mitwirkungsbefugnisse .....	371
<b>§ 3 Rechtsbehelfe im Umweltrecht (Sabine Schlacke) .....</b>	<b>375</b>
<b>A. Einführung .....</b>	<b>377</b>
I. Bedeutung des Rechtsschutzes im Umweltbereich .....	377
II. Europäische Einflüsse auf den umweltbezogenen Rechtsschutz ..	378
III. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Ausgestaltung des Rechtsschutzes .....	379
<b>B. Verwaltungsrechtsschutz des Bürgers .....</b>	<b>380</b>
I. Rechtsschutz durch deutsche Verwaltungsgerichte .....	381
1. Grundlagen .....	381
2. Besonderheiten des (Individual-)Rechtsschutzes im Umweltrecht .....	383
3. Gerichtlicher Kontrollmaßstab und -umfang .....	386
a) Beschränkung auf Rechtsverletzungen Dritter .....	386
b) Weitere Beschränkungen der gerichtlichen Kontrolle .....	387
4. Maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung .....	389
5. Gerichtlicher und behördlicher Eilrechtsschutz .....	389
6. Massen- und Musterverfahren .....	391
II. Verwaltungsrechtsschutz durch die europäische Gerichtsbarkeit ..	391
<b>C. Verwaltungsrechtsschutz von Verbänden .....</b>	<b>393</b>
I. Naturschutzrechtliche Verbandsklage .....	393
1. Die Entstehung der naturschutzrechtlichen Verbandsklage ..	393
2. Partizipatorische Verbandsklage .....	395
3. Materielle Verbandsklage (sog. „Sperrgrundstücksklage“) .....	397
4. Altruistische (überindividuelle) Verbandsklage .....	398
a) Bundesebene: Verbandsklage nach § 61 BNatSchG .....	399
aa) Zulässigkeit .....	399
(1) Klageberechtigung .....	399
(2) Klagegegenstände .....	400
(a) Befreiungen .....	400
(b) Planfeststellungsbeschlüsse und Plangenehmigungen .....	401
(3) Klageziele und statthafte Klagearten .....	402
(4) Umfang der Rügebefugnis .....	402
(5) Betroffenheit des Aufgabenbereichs .....	404
(6) Verwirkung des Verbandsklagerechts .....	404
(7) Klagefrist .....	405
(8) Verbot von Mehrfachklagen .....	405

	Seite
(9) Sonstige Sachurteilsvoraussetzungen/Kosten . . . . .	406
(10) Konkurrenzen . . . . .	408
bb) Begründetheit . . . . .	408
(1) Beschränkung der Kontrolle auf rügefähige Vorschriften . . . . .	409
(2) Kontrolle von Verfahrensverstößen . . . . .	411
b) Landesebene: Verbandsklagebefugnisse . . . . .	414
aa) Klageberechtigung . . . . .	415
bb) Klagegegenstände . . . . .	416
cc) Klageziele und statthafte Klagearten . . . . .	417
dd) Rügebefugnis . . . . .	417
ee) Sonstige besondere Sachurteilsvoraussetzungen . . . . .	417
II. Umwelt-Rechtsbehelf . . . . .	418
1. Entstehung . . . . .	418
a) Klagerregelungen nach der Aarhus-Konvention . . . . .	419
aa) Überprüfungsrechte bei Verletzung von Informationsansprüchen . . . . .	420
bb) Überprüfung von Entscheidungen mit Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit . . . . .	420
cc) Überprüfung des innerstaatlichen Umweltrechts . . . . .	422
b) Klagerregelungen nach dem Gemeinschaftsrecht . . . . .	423
aa) Überprüfungsverfahren zur Kontrolle von Umwelthinformationsansprüchen . . . . .	423
bb) Verfahren zur Überprüfung beteiligungspflichtiger Entscheidungen . . . . .	423
(1) Klageberechtigung . . . . .	424
(2) Prüfgegenstände . . . . .	425
(3) Klageziel . . . . .	425
(4) Rügebefugnis . . . . .	425
(5) Verwaltungsrechtliches Überprüfungsverfahren . . . . .	427
(6) Gerichtlicher Kontrollmaßstab und -umfang . . . . .	428
c) Klagerregelungen nach der EG-Umwelthaftungsrichtlinie . . . . .	428
2. Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz . . . . .	429
a) Zulässigkeit eines Umwelt-Rechtsbehelfs . . . . .	430
aa) Klageberechtigung . . . . .	430
bb) Klagegegenstände . . . . .	432
cc) Klageziele und statthafte Klagearten . . . . .	434
dd) Umfang der Rügebefugnis . . . . .	435
(1) Umweltschutzbezogene Vorschriften . . . . .	435
(2) Begründung von Rechten Einzelner . . . . .	436
(3) Bedeutung für die Entscheidung . . . . .	436
ee) Betroffenheit des Aufgabenbereichs . . . . .	437
ff) Akzessorietät von Verbandsklage und Mitwirkung/ Präklusion . . . . .	437
gg) Klagefrist . . . . .	438
hh) Keine isolierte Kontrolle vorgelagerter Entscheidungen und von Verfahrensvorschriften . . . . .	438

	Seite
ii) Verbot von Mehrfachklagen .....	438
jj) Anwendung der VwGO .....	439
b) Begründetheit eines Umwelt-Rechtsbehelfs .....	439
aa) Begrenzung auf rügefähige Rechtsverletzungen .....	439
bb) Sonderregelung für Verfahrensfehler .....	440
c) Konkurrenzen: Verhältnis von Umwelt-Rechtsbehelf und naturschutzrechtlicher Verbandsklage .....	441
d) Vereinbarkeit des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit dem EG-Recht .....	443
e) Bewertung .....	447
3. Das Umweltschadensgesetz .....	449
a) Überblick .....	449
b) Umwelt-Rechtsbehelf nach § 11 USchadG .....	450
c) Gerichtlicher Prüfmaßstab und -umfang .....	451
d) Bewertung .....	452
III. Europäische Verbandsklage im Umweltrecht .....	453
1. Keine primärrechtliche Verbandsklage .....	453
2. Der sekundärrechtliche Verbands-Rechtsbehelf (Aarhus-Verordnung) .....	455
a) Zulässigkeit .....	456
aa) Internes Überprüfungsverfahren .....	456
(1) Antragsberechtigung .....	457
(2) Antragsziel .....	458
(3) Antragsgegenstand .....	458
(a) Maßnahme des Umweltrechts .....	459
(b) Organ oder Einrichtung der Europäischen Union ..	460
(c) Einzelfallcharakter .....	460
(d) Rechtsverbindlichkeit .....	461
(e) Außenwirkung .....	462
(4) Antragsgegner .....	462
(5) „Antwort“ als Abschluss des Vorverfahrens .....	462
(6) Sonstige Zulässigkeitsanforderungen .....	463
(7) Anforderungen an die Begründetheitsprüfung .....	463
(8) Bearbeitungsfrist .....	463
bb) Klagearten, Prüfgegenstand und Klageziel .....	463
cc) Rügebefugnis .....	465
dd) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	465
b) Begründetheit .....	465
aa) Verletzungen von Form- und Verfahrensvorschriften .....	466
bb) Kontrolle von Ermessensentscheidungen .....	468
c) Urteilswirkung .....	469
3. Bewertung .....	470

	Seite
<b>D. Ausblick</b> .....	471
I. Nationale Rechtsentwicklungen: BNatSchG 2009 .....	471
II. Entwurf einer EG-Verbandsklagerichtlinie .....	476
<b>Anhang: Aarhus-Konvention – Text</b> .....	481
Literaturverzeichnis .....	511
Stichwortverzeichnis .....	525